A3 Die Zukunft liegt auf dem Land - Antrag für stärkere Beteiligung der ländlichen Räume

Antragsteller*in: Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg)
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

Die Antragsteller*innen fordern den Landesverband Schleswig-Holstein Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf, sich auf Landesebene und gegenüber dem Bundesverband nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Bedürfnisse, Ressourcen und Herausforderungen der Bevölkerung in den ländlichen Räumen sehr viel stärker in den Fokus genommen werden.

Die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die ländlichen Räume müssen mitgedacht und verständlich kommuniziert werden.

Dies muss über reine Willensbekundungen (https://www.gruene-bundestag.de/themen/laendliche-raeume) hinaus gehen. Vielmehr müssen die Menschen in den ländlichen Räumen stärker für die Beteiligung an politischen Entscheidungen aktiviert werden.

Wir fordern den Landesverband auf, dafür eine effektive, verlässliche und dauerhafte Struktur auf Landesebene zu schaffen, die eine gegenseitige beratende und begleitende Funktion gewährleistet.

Dazu müssen Landes- und Bundespolitik verstärkt Präsenz vor Ort zeigen.

Außerdem sollen bei politischen Entscheidungen die Expertise von Vereinen, Verbänden und Organisationen vor Ort eingeholt und eine verbindliche Mitwirkung der Orts- und Kreisverbände in den ländlichen Räumen gewährleistet werden.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchte, dass die Politiker und Vorstände auf Landes- und Bundesebene mehr auf die Bedürfnisse und Herausforderungen der Menschen auf dem Land achten. Die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf diese Regionen sollen besser berücksichtigt und klarer erklärt werden.

Es reicht nicht, nur gute Absichten zu haben. Die Menschen auf dem Land sollen stärker in politische Entscheidungen einbezogen werden. Dafür müssen die Politiker mehr vor Ort sein. Auch sollten sie das Wissen und die Erfahrungen von Vereinen und Organisationen vor Ort nutzen und sicherstellen, dass die örtlichen Verbände in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Hinweis: Teile dieses Antrags wurden mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) erstellt.

Begründung

Die Bevölkerung in den ländlichen Räumen ist die beste Expertin für ihre Belange.

Diese Gruppe ist in den politischen Gremien wie den Landes- und Bundesparteitagen jedoch unterrepräsentiert, weil die Delegiertenzahl sich aus der Mitgliederzahl und nicht der

Einwohner*innenzahl ergibt. Dies entspricht nicht der Bedeutung, die den ländlichen Räumen in der Bundesrepublik Deutschland zukommt.

Hierzu erklärt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

„Ländliche Regionen prägen mit ihren Siedlungen und Kulturlandschaften das Bild unseres Landes. 91 Prozent Deutschlands sind sehr oder überwiegend ländlich geprägt! Über die Hälfte der Bundesdeutschen Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen (57 Prozent). Auch ist hier der überwiegende Anteil unserer mittelständischen Wirtschaft mit Handwerk, Industrie und Dienstleistungen angesiedelt. Fast die Hälfte des deutschen Bruttosozialprodukts (46 Prozent) wird auf dem Land erwirtschaftet. Auch die regionale Vielfalt unserer Lebensmittel wird in den ländlichen Räumen erzeugt. Die dezentrale Struktur ist eine besondere Stärke Deutschlands. Die ländlichen Regionen bieten ihren Bewohnerinnen und Bewohnern viel Freiraum. Sie bieten Menschen aus Stadt und Land aber auch Natur und Erholung. „

(https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/laendliche-regionen_node.html)

Den ländlichen Räumen kommt aber auch deshalb eine besondere Stellung zu, weil sie für die großen Zukunftsfragen wie den Klimaschutz, die biologische Vielfalt, den Schutz der Gewässer und die Energiewende von herausragender Bedeutung sind. Auf dem Land müssen die großen Flächenkonkurrenzen zwischen Wohnen, Gewerbe und Verkehrswegen auf der einen Seite und Wäldern, Mooren und anderen Naturräumen sowie Windkraft- und Solarenergieanlagen auf der anderen Seite ausgehandelt werden und der Übergang zu einer nachhaltigen Landwirtschaft gelingen. Dies ist nur möglich, wenn die Menschen vor Ort in politische Entscheidungen eingebunden werden.

Weitere Quellen:

https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334146/laendliche-raeume-in-deutschland-ein-ueberblick/

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antragsteller*innen: Vorstand OV- Angeln Mitte: Silke Sörensen, Klaudia Schumann, Norbert Tretkowski, Jutta Greve, sowie OV-Mitglieder Alexandra Knak, Uta Bergfeld

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Ansgar Makurat (KV Schleswig-Flensburg); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Matthias Jessen (KV Schleswig-Flensburg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Denise Kreissl (KV Segeberg); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Christian Judith (KV Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Jennifer Herbert (KV Kiel); Lutz Richert (KV Segeberg); Günter Schlink (KV Schleswig-Flensburg); Björn Radke (KV Segeberg); Wilhelm Langes (KV Schleswig-Flensburg); Falko Siering (KV Ostholstein); Anne Birke (KV Schleswig-Flensburg); Ute Görrissen (KV Schleswig-Flensburg); Alexandra Knak (KV Schleswig-Flensburg); Kirsten Schaltenberg (KV Schleswig-Flensburg); Meike Lüdemann (KV Segeberg); Philipp Diepmans (KV Flensburg); Anja Koberg (KV Nordfriesland); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Iris Brückner (KV Schleswig-Flensburg); Katrin Andresen (KV Schleswig-Flensburg); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Karsten Bahnsen (KV Flensburg); Conny Clausen (KV Flensburg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Christoph Fischer (KV Segeberg); Christopher Mund (KV Lübeck); Nicole Döhrmann (KV Dithmarschen); Lars Granzin (KV Ostholstein); Maike Borrmann (KV Schleswig-Flensburg); Ute Reinecke (KV Schleswig-Flensburg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Christof Martin (KV Rendsburg-Eckernförde); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Esther Drewsen

(KV Nordfriesland); Zoé Engel (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Sönke Dibbern (KV Schleswig-Flensburg); Jürgen Becker (KV Schleswig-Flensburg); Kerstin Leidt (KV Schleswig-Flensburg); Torge Klein (KV Rendsburg-Eckernförde); Jörn Peter Böning (KV Plön); Stefan Lansberg (KV Plön); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Malte Ranis (KV Kiel)